



# 2001/18 webredaktion

<https://www.jungle.world/artikel/2001/18/empire-konstituierende-macht-und-transnationaler-staat>

**Eine Analyse der herrschenden Ordnung**

# **Empire - Konstituierende Macht und transnationaler Staat**

Von **michael hardt und toni negri\***

**Die leichthin Globalisierung genannten internationalen Gewaltverhältnisse fordern die Überprüfung der kritischen Instrumente, die an Kolonialismus und Imperialismus als historischen Formen ausgebildet wurden. Die Veränderungen der Produktion und der Gesellschaft, die Transformation des Nationalstaats, die Neuformierung der Herrschaft und die Perspektiven des Widerstands dagegen sind die Themen, denen das Buch Empire nachgeht. Toni Negri und Michael Hardt nehmen darin die Herausbildung der neuen, »imperialen« globalen Ordnung zum Ausgangspunkt, die Bedingungen ihrer kommunistischen Überwindung aufzuzeigen.**

Der Paradigmenwechsel im Produktionsprozess, hin zum Netzwerk, hat die Ausdehnung der Macht transnationaler Konzerne vorangetrieben. Die Neuartigkeit von Verhältnissen jenseits und außerhalb der tradierten Grenzen von Nationalstaaten lenkt den Blick auf Kapital und Staat, auf die lange Geschichte des Kampfs um die Macht. Die Geschichte dieses Konflikts wird leicht missverstanden. Trotz ständiger Gegensätze zwischen Kapitalisten und Staat ist, und hierin besteht das Missverständnis, ihr Verhältnis ein wirklicher Konflikt nur dann, wenn man einzelne Kapitalisten betrachtet.

Marx und Engels beschreiben den Staat als das ausführende Organ, das die Interessen der Kapitalisten organisiert. Das Handeln des Staats, auch wenn es bisweilen den unmittelbaren Interessen einzelner Kapitalisten widersprechen mag, stimmt mit den langfristigen Interessen des Gesamtkapitalisten, also des gesellschaftlichen Kapitals insgesamt, überein. Die Konkurrenz unter Kapitalisten, so das Argument, garantiert nicht das Wohl des Gesamtkapitalisten, denn die unmittelbare egoistische Jagd nach dem Profit ist von Grund auf kurzsichtig. Der Staat verkörpert dem gegenüber den Weitblick, der die Interessen einzelner Kapitalisten vermittelt und im gemeinsamen Interesse des Kapitals aufhebt. Dennoch werden Kapitalisten die Macht des Staates bekämpfen, selbst wenn der

Staat in ihrem gemeinsamen Interesse handelt. Dieser Konflikt ist, aus der Perspektive des gesellschaftlichen Kapitals betrachtet, in der Tat eine glückliche und produktive Dialektik.

### Transnationale Souveränität

Die Dialektik von Staat und Kapital hat in den verschiedenen Phasen kapitalistischer Entwicklung unterschiedliche Ausprägungen angenommen. Eine schnelle und ungefähre Periodisierung mag helfen, zumindest die grundlegenden Merkmale dieser Dynamik zu problematisieren. Im achtzehnten und neunzehnten Jahrhundert, als der Kapitalismus sich in Europa vollständig etablierte, benötigte der Staat, um die Angelegenheiten des gesellschaftlichen Gesamtkapitals zu regeln, nur bescheidene Interventionsmittel. Diese Periode gilt retrospektiv (und gewissermaßen verzerrt) als »Goldenes Zeitalter« des europäischen Kapitalismus, charakterisiert durch den Freihandel. Außerhalb der europäischen Nationalstaaten dieser Periode, das heißt vor der vollständigen Implementierung mächtiger Kolonialverwaltungen, operierte europäisches Kapital mit noch weniger Beschränkungen. In großem Maß waren die kapitalistischen Handelsgesellschaften souverän auf kolonialem oder präkolonialem Territorium, etablierten ihr eigenes Gewaltmonopol, ihre eigene Polizei und Gerichtsbarkeit. Die holländische Vereenigde Oost-Indische Compagnie (VOC) etwa beherrschte die von ihr ausgebeuteten Territorien auf Java bis zum Ende des achtzehnten Jahrhunderts mit eigener Souveränität. Auch nach der Auflösung der VOC im Jahre 1800 herrschte das Kapital relativ frei von staatlicher Einmischung und Kontrolle. Die Situation der kapitalistischen Handelskompanien in den britischen südasiatischen und afrikanischen Kolonien war im Grunde die gleiche. Die Souveränität der East India Company (EIC) dauerte bis zum Ostindiengesetz von 1858, das die EIC unter die Herrschaft der Königin brachte, und die freie Herrschaft kapitalistischer Wagnisgesellschaften und Entrepreneurs im südlichen Afrika hielt bis wenigstens zum Ende des neunzehnten Jahrhunderts.

Nationalstaat und Monopolkapital. Die Periode war, sowohl in Europa wie in Übersee, durch wenig Hang zu staatlicher Intervention geprägt; innerhalb der europäischen Nationalstaaten vollzog sich die Regierung der einzelnen Kapitalien (in ihrem eigenen kollektiven Interesse) ohne große Konflikte, und in den kolonialen Territorien waren sie ohnehin faktisch souverän.

Das Verhältnis zwischen Staat und Kapital veränderte sich im neunzehnten und frühen zwanzigsten Jahrhundert allmählich, als die kapitalistische Entwicklung zunehmend durch Krisen bedroht war. In Europa und den USA entstanden Corporations, Trusts und Kartelle und errichteten Quasi-Monopole in spezifischen industriellen Branchen oder bestimmten Bereichen von Branchen, weit jenseits nationalstaatlicher Grenzen. Die Periode der Monopole bedeutete für das Wohl des Kapitalismus eine direkte Bedrohung, weil Monopole die Konkurrenz unter den Kapitalien untergruben, die für das System das Lebenselixier ist. Die Bildung von Monopolen und Quasi-Monopolen unterminierte zugleich die staatliche Handlungsfähigkeit. Die riesigen Kapitalgesellschaften gewannen die Macht, ihre partikularen Interessen gegenüber den Interessen des Gesamtkapitals durchzusetzen. In der Folge gab es eine Reihe von Auseinandersetzungen, in denen Staaten versuchten, ihr Kommando über die Kapitalgesellschaften auf Antitrust-Gesetze, auf Steuern und Abgaben sowie auf die Ausweitung gesetzlicher Regulierung der großen Industrie zu gründen.

In den Kolonialgebieten führte das unkontrollierte Treiben der souveränen Handelskompanien und Wagnisgesellschaften in die Krise. So war der Aufstand von 1857 gegen die EIC in Indien ein Warnsignal für die britische Regierung, das auf das drohende Desaster hindeutete, falls man die kolonialen Kapitalisten unkontrolliert gewähren ließ. Das im Jahr darauf vom britischen Parlament verabschiedete Ostindiengesetz war eine direkte Antwort auf das Krisenpotential. Die europäischen Mächte errichteten allmählich voll ausgebildete und funktionstüchtige Verwaltungsstrukturen in den kolonialen Gebieten und vollzogen damit letztlich die Integration der kolonialen Ökonomie und Gesellschaft in die Rechtsprechung des Nationalstaats; dies verteidigte die Interessen des gesellschaftlichen Gesamtkapitals gegen die Krise. Die Nationalstaaten waren im Innern wie nach außen gezwungen, stärker zu intervenieren, um die Interessen des gesellschaftlichen Gesamtkapitals gegen einzelne Kapitalisten zu schützen.

Die verschwundene Autonomie des Politischen. Heute ist eine dritte Phase des Verhältnisses voll ausgeprägt. Große transnationale Konzerne haben faktisch die Rechtsprechung und Autorität von Nationalstaaten hinter sich gelassen. Es mag darum scheinen, als wäre die über Jahrhunderte andauernde Dialektik zu Ende: Der Staat sei unterlegen und kapitalistische Unternehmen beherrschten die Erde. In zahlreichen Untersuchungen haben linke Autorinnen und Autoren in den vergangenen Jahren das Phänomen in apokalyptischen Bildern beschrieben: die Bedrohung der Menschheit, hemmungslosen kapitalistischen Konzernen ausgeliefert, und angesichts dessen die Sehnsucht nach den alten, Schutz bietenden Machtverhältnissen im Nationalstaat. Ganz entsprechend feiern die Parteigänger des Kapitals das neue Zeitalter der Deregulierung und des Freihandels. Doch wenn es wirklich so wäre, wenn der Staat tatsächlich aufgehört hätte, die Angelegenheiten des Gesamtkapitals in die Hände zu nehmen, wenn die produktive Dialektik des Konflikts zwischen Staat und Kapital wirklich vorbei wäre, dann müssten es die Kapitalisten sein, die ängstlich in die Zukunft blicken. Ohne Staat hätte das gesellschaftliche Kapital kein Mittel, gemeinsame Interessen zu verfolgen und umzusetzen.

Die gegenwärtige Phase ist deshalb tatsächlich keineswegs als ein Sieg kapitalistischer Unternehmen über den Staat adäquat beschrieben. Wo transnationale Konzerne und globale Netzwerke der Produktion und Zirkulation die Macht der Nationalstaaten unterminiert haben, finden sich Funktionen und Elemente staatlicher Konstitution tatsächlich strukturell und räumlich verschoben. Diese Veränderungen im Verhältnis zwischen Staat und Kapital sind im Detail zu prüfen. Zunächst aber zur Krise der Politik im nationalstaatlichen Kontext. Nationale Souveränität verliert an Bedeutung, und mit ihr die sogenannte Autonomie des Politischen. Heute hat eine Vorstellung von Politik als unabhängiger Sphäre, in der Konsens hergestellt und im Konflikt gesellschaftlicher Kräfte vermittelt würde, wenig Existenzberechtigung. Auf den sozialen Konsens wirken viel eher ökonomische Faktoren, etwa die Handelsbilanz oder die Devisenspekulation. Deren Dynamik unterliegt nicht der Kontrolle von politischen Kräften, von denen traditionellerweise angenommen wird, sie hielten die Souveränität in Händen. Der Konsens wird auch nicht durch die klassischen politischen Mechanismen bestimmt. Regierungshandeln und Politik sind völlig in ein System des transnationalen Kommandos integriert. Kontrolle artikuliert sich in einer Reihe von internationalen Körperschaften und

Funktionen. Das gleiche gilt für die Mechanismen politischer Vermittlung, die entsprechend der Logik der Bürokratie und der Managementsoziologie funktionieren und nicht mehr traditionellen politischen Vorstellungen von Konflikt und Versöhnung, Vermittlung und Klassenkampf entsprechen. Politik verschwindet dabei nicht; was verschwindet, ist jede Art der Autonomie des Politischen.

Der Niedergang jeder autonomen politischen Sphäre bedeutet zugleich, dass eine Revolution im Rahmen nationaler Politik undenkbar wird, dass es unmöglich ist, die Gesellschaft umzuwälzen, indem man den Staat erobert. Die klassische Vorstellung von der Gegenmacht und vom Widerstand gegen die moderne Souveränität allgemein trägt immer weniger. Die Situation erinnert in gewisser Hinsicht an jene, in der Machiavelli in seiner Epoche sich befand: die tragische und vernichtende Niederlage von Widerstand und Revolution der »Humanisten«, herbeigeführt durch eine souveräne Fürstenmacht, oder genauer den frühen modernen Staat. Ein neuer Typus von Widerstand musste gefunden werden, der den neuen Dimensionen von Souveränität entsprach. Auch heute können wir sehen, dass die traditionellen Arten von Widerstand, wie ihn etwa die Organisationen der institutionalisierten Arbeiterbewegung während des neunzehnten und zwanzigsten Jahrhunderts entwickelten, ihre Kraft zu verlieren beginnen. Einmal mehr muss ein neuer Typus von Widerstand erfunden werden.

#### Die Pyramide der globalen Ordnung

Auf den ersten Blick erscheint der konstitutionelle Rahmen der »neuen Weltordnung« als ungeordnete und chaotische Ansammlung regierender und repräsentierender Organe. Die Elemente sind einem weiten Spektrum von Körperschaften zugeordnet (in Nationalstaaten, in nationalstaatlichen Assoziationen und in internationalen Organisationen aller Art), unterschiedliche Funktionen und Inhalte trennen sie (etwa als Organisationen für Politik, Geld, Gesundheit oder Erziehung) und eine Vielzahl produktiver Tätigkeiten durchziehen sie. Bei genauerer Betrachtung zeigt das ungeordnete Set gleichwohl einige Fixpunkte. Sie bilden ein Raster, das nicht so sehr eine Ordnung festschreibt, sondern vielmehr Politik und Recht weltweit einen relativ kohärenten Horizont bietet. Die Analyse der globalen Machtverhältnisse in verschiedenen Gestalten und Organisationen zeigt die Struktur einer Pyramide, die aus drei Stufen besteht, von denen jede mehrere Ebenen aufweist.

An der Spitze der Pyramide findet sich die eine Supermacht, die USA, die sich im Weltmaßstab den Einsatz von Gewalt vorbehält - eine Supermacht, der es freisteht, allein zu entscheiden, die es aber vorzieht, gemeinsam mit anderen unter dem Dach der Vereinten Nationen (UN) zu handeln. Dieser singuläre Status trat mit dem Ende des Kalten Kriegs ein und wurde zum ersten Mal im zweiten Golfkrieg bestätigt. Auf einer zweiten Ebene der obersten Stufe, wo die Pyramide ein wenig breiter wird, gibt es die Gruppe von Nationalstaaten, von der die grundlegenden weltweiten monetären Institutionen kontrolliert werden. Sie haben damit die Möglichkeit, die internationalen Wechselkurse zu regulieren. Diese Nationalstaaten sind durch eine Reihe von Organen verbunden: die G7, die Clubs von Paris, London oder Davos etc. Und schließlich ist es auf einer dritten Ebene der obersten Stufe ein heterogenes Set von Vereinigungen (in denen mehr oder weniger die gleichen Mächte vertreten sind, die auch militärisch oder monetär hegemonial sind), das für kulturelle und biopolitische Macht im globalen Maßstab steht.

Netzwerke der Kapitalverwertung. Unterhalb der obersten Stufe globalisierten Kommandos gibt es eine zweite, auf der sich die Kommandostrukturen weltweit verteilen. Hier steht weniger die Einheit als die Verknüpfung im Vordergrund. Diese Stufe ist im Wesentlichen so strukturiert, wie sich transnationale kapitalistische Unternehmen im Weltmarkt ausgedehnt haben, in einem Netzwerk aus Kapital-, Technologie- und Migrationsströmen. Diese Produktionsorganisationen, die den Markt bilden und beliefern, breiten sich unter dem Schutz der Zentralmacht, der ersten Stufe der Pyramide aus. Es ist an den transnationalen Konzernen, die rigide Struktur der zentralen Macht zum Leben zu erwecken. Tatsächlich bilden transnationale Konzerne durch die globale Verteilung von Kapital, Technologie, Waren oder Menschen weitläufige Netzwerke der Kommunikation und organisieren die Befriedigung von Bedürfnissen. Die Einheit der Kommandospitze wird dergestalt durch transnationale Konzerne und Marktorganismen artikuliert. Der Weltmarkt homogenisiert Territorien, differenziert sie zugleich und schreibt die Geografie des Globus damit neu. Ebenfalls auf der zweiten Stufe, auf einer Ebene, die oftmals der Macht transnationaler Konzerne untergeordnet ist, befinden sich die »souveränen« Nationalstaaten, die nunmehr im wesentlichen lokale, territorialisierte Organisationen geworden sind. Die Nationalstaaten übernehmen verschiedene Funktionen: eine politische Vermittlung im Hinblick auf die globalen Hegemonialmächte, Aushandlungsprozesse mit den transnationalen Unternehmen, eine Verteilung von Einkommen entsprechend der biopolitischen Notwendigkeiten innerhalb ihrer eigenen begrenzten Territorien. Nationalstaaten werden zu Filtern im Fluss der globalen Zirkulation und zu Reglern an den Verbindungsstellen des globalen Kommandos. Anders gesagt, bündeln und verteilen sie den Reichtum, der zur globalen Macht und von ihr weg fließt, und disziplinieren zugleich die Bevölkerungen nach dem Maß des Möglichen.

Multitude, Volk, Nation. Die dritte und breiteste Stufe der Pyramide bilden schließlich Gruppierungen, die innerhalb der globalen Machtordnung populäre Interessen repräsentieren. Die Multitude ist den Strukturen der globalen Macht nicht direkt zu inkorporieren, sie muss vielmehr durch Repräsentationsmechanismen eingegliedert werden. Wer repräsentiert »das Volk« in der globalen Konstitution, sei es oppositionell oder legitimatorisch? Und wichtiger: Welche Kräfte und Prozesse verwandeln die Multitude in ein Volk, das in der imperialen Konstitution repräsentiert werden kann? In vielen Fällen fällt Nationalstaaten diese Rolle zu, im Besonderen den subalternen und kleinen Staaten. Innerhalb der Generalversammlung der Vereinten Nationen etwa agieren Zusammenschlüsse kleinerer Nationalstaaten, die zahlenmäßig zwar in der Mehrheit, im Hinblick auf ihre Macht aber in der Minderheit sind, als bestenfalls symbolische Einschränkung oder Legitimation der Macht der Großmächte. Die Generalversammlung der UN gilt derart als Repräsentation der gesamten Welt, ebenso wie andere globale Foren. Diese Repräsentation der Nationalstaaten im globalen Maßstab verweist im Anspruch, populäre Interessen zu vertreten, auf miteinander zusammenhängende Verhältnisse: der Nationalstaat als Repräsentation des »Volks«, dieses als Repräsentation der Multitude.

Nationalstaaten sind jedoch mit Sicherheit nicht die einzigen Organisationen, die in der neuen Weltordnung an der Konstruktion und Repräsentation des »Volks« beteiligt sind. Ebenfalls auf der dritten Stufe der Pyramide werden populäre Ansprüche weltweit

deutlicher und direkter als von Regierungen von einer Vielzahl von Organisationen repräsentiert, die relativ unabhängig von Nationalstaaten und kapitalistischen Unternehmen sind. Diese Organisationen gelten häufig als Grundlage einer globalen Zivilgesellschaft. Sie würden darin die Bedürfnisse und Wünsche der Multitude in Formen kanalisieren, die innerhalb der globalen Machtstrukturen repräsentierbar wären. In ihrer neuen globalen Form kann man hier immer noch die Apparate der traditionellen Zivilgesellschaft erkennen.

Globale Zivilgesellschaft? Die wichtigsten Elemente der globalen Zivilgesellschaft werden unter dem Namen »Nichtregierungsorganisationen« (NGO) zusammengefasst. Der Ausdruck NGO ist nicht sehr genau definiert: damit ist jede Organisation gemeint, die behauptet, »das Volk« zu repräsentieren und in dessen Interesse zu agieren, unabhängig von staatlichen Strukturen (und häufig gegen sie). Für viele ist NGO tatsächlich synonym mit »populärer Organisation«, weil populäre Interessen im Unterschied zu staatlichen Interessen bestimmt werden. Diese Organisationen operieren auf lokalen, nationalen und supranationalen Ebenen. Der Ausdruck NGO fasst eine enorme Zahl ganz unterschiedlicher Organisationen zusammen: Aus den Neunzigern stammt die Zahl von über 18 000 NGO weltweit. Einige dieser Organisationen erfüllen Funktionen in der Art traditioneller Gewerkschaften, andere verfolgen den Missionsauftrag religiöser Sekten, wieder andere verstehen sich als Repräsentanten von Bevölkerungsgruppen, die nicht durch einen Nationalstaat repräsentiert werden. Es wäre sinnlos, die Strukturen und Funktionsweisen solch vieler und heterogener Organisationen in einer einzigen Definition beschreiben zu wollen.

Von Kritikern wird den NGO vorgeworfen, dass sie, da sie außerhalb staatlicher Macht stehen und häufig im Konflikt mit ihr sind, mit den neoliberalen Projekten des globalen Kapitals vereinbar seien und ihnen direkt dienen. Während das globale Kapital die Macht der Nationalstaaten »von oben« angreife, so das Argument, verfolgten die NGO eine Parallelstrategie »von unten« und zeigten das »Community Face« des Neoliberalismus. Es mag sein, dass die Aktivitäten vieler NGO dazu beitragen, die neoliberale Orientierung des globalen Kapitals zu befördern, doch ist keineswegs das Handeln aller NGO davon bestimmt. Nicht auf Seiten der Regierung oder gegen die Macht der Nationalstaaten zu stehen, bringt diese Organisationen nicht von selbst auf die Seite des Kapitals. Es gibt verschiedene Wege, außerhalb des Staats und gegen ihn zu agieren, das neoliberale Projekt ist einer davon.

Biomacht und humanitärer Auftrag. In unserem Zusammenhang, im Kontext der Analyse des Imperiums, interessieren uns besonders NGO, denen es um die Repräsentation derer geht, die nicht in der Lage sind, sich selbst zu repräsentieren. Solche NGO, häufig ganz allgemein humanitäre Organisationen genannt, haben in der gegenwärtigen Weltordnung tatsächlich Einfluss und Macht. Ihr Mandat besteht nicht darin, die partikularen Interessen dieser oder jener Gruppe zu verfolgen, sondern vielmehr darin, auf direkte Art die globalen und universalen Interessen der Menschheit zu repräsentieren.

Menschenrechtsorganisationen (wie Amnesty International oder Americas Watch), Friedensgruppen (wie Witness of Peace und Shanti Sena) und medizinische oder Hungerhilfsorganisationen (etwa Oxfam oder Médecins sans frontières) verteidigen menschliches Leben gegen Folter, Hungertod, Massaker, Gefangenschaft und politischen

Mord. Ihre politische Tätigkeit beruht auf einem universellen moralischen Anspruch - auf dem Spiel steht das Leben selbst. Es ist in dieser Hinsicht nicht präzise zu behaupten, diese NGO repräsentierten jene, die sich nicht selbst repräsentieren können (die Bevölkerung im Krieg, die hungernden Massen und so weiter), oder verträten weltweit das »Volk« in seiner Gesamtheit. Sie repräsentieren vielmehr das Leben. Sie transformieren die Politik, machen das gattungsmäßige Leben zu ihrem Gegenstand, das Leben in seiner ganzen Allgemeinheit. Diese NGO finden ihr Feld im Humus der Biomacht; sie sind die kapillaren Enden im heutigen Netzwerk der Macht, sie sind - um zu unserer Metapher zurückzukehren - der weitläufige Sockel der globalen Machtpyramide. Hier, auf der allgemeinen und breitesten Stufe, treffen die politischen Aktivitäten der NGO mit der Funktionsweise des Imperiums zusammen, sie sind »jenseits der Politik«, auf dem Terrain der Biomacht, es geht um die Belange des Lebens selbst.

#### Hybride Konstitution - Von der Disziplinar- zur Kontrollgesellschaft

Hinter den beschriebenen Phänomenen können wir in der dreiteiligen Anordnung von Funktionen und Elementen direkt die Problematik des Imperiums erkennen. Anders gesagt, die aktuelle imperiale Situation ähnelt der theoretischen Beschreibung imperialer Macht als höchster Form der Regierung, die Polybios am Beispiel Roms ausarbeitete und die in der europäischen Rechtsgeschichte tradiert ist. Für Polybios stellte das Imperium Romanum die Spitze der politischen Entwicklungsgeschichte dar, insofern es die drei »guten« Formen der Macht vereinte: Monarchie, Aristokratie und Demokratie, verkörpert in der Person des Imperators, im Senat und in den Komitien des Volks. Das Imperium verhinderte, dass diese guten Formen im Teufelskreis der Korruption verfielen, durch den aus der Monarchie die Tyrannei wird, aus der Aristokratie die Oligarchie und aus der Demokratie die Ochlokratie.

Das antike Modell imperialer Konstitution scheint unserer Realität in gewisser Weise näher zu sein als seine funktionale Reformulierung in der modernen, liberalen Tradition. Wir sind heute wieder in einer dynamischen Phase der Macht und Akkumulation, in der Funktionen in erster Linie aus dem Blickwinkel der Kräfteverhältnisse und ihrer Materialität gesehen werden und nicht aus der Perspektive eines möglichen Gleichgewichts oder einer Formalisierung des endgültigen Arrangements. In dieser Phase der Konstitution des Imperiums wird den Forderungen, die der moderne Konstitutionalismus zum Ausdruck bringt (etwa Gewaltenteilung zwischen Legislative, Judikative und Exekutive oder prozedurale Legalität), nicht die höchste Priorität zuerkannt.

Das heute entstehende Imperium ist gleichwohl nicht auf das antike Modell des Polybios zurückgeworfen. Die heutige Ordnung ist postmodern, das heißt, die Entwicklung ist über die Moderne hinausgegangen, über das liberale Modell einer gemischten Konstitution. Ihr System - Formalisierung des Rechts, konstitutionelle Garantien und Gewaltenteilung - wird entlang zweier Hauptlinien im Übergang von der Moderne zur Postmoderne verändert.

Reelle Subsumtion. Die erste Fluchtlinie betrifft die Art des konstitutionellen Zusammenhangs: Es ist ein Übergang zur Hybridisierung von Regierungsfunktionen in der Gegenwart. Der Prozess der reellen Subsumtion, der Subsumtion der Arbeit unter das Kapital und des weltweiten Aufgehens der Gesellschaft im Imperium, zwingt die Macht, die

räumliche Dimension und die Distanz, die die Verhältnisse bestimmte, zu zerstören und in hybriden Formen zu verbinden. Diese Mutation räumlicher Verhältnisse verändert die Ausübung der Macht selbst. Vor allem meint postmoderne imperiale Monarchie die Herrschaft über die Einheit des Weltmarkts, und darum ist sie aufgerufen, die Zirkulation von Waren, Technologien und Arbeitskraft zu garantieren - also im Endeffekt die vereinigende Dimension des Weltmarkts. Die Globalisierungsprozesse der monarchischen Macht ergeben jedoch nur einen Sinn, wenn sie als eine Reihe von Hybridisierungen angesehen werden, in denen die Monarchie mit anderen Formen der Macht operiert. Imperiale Monarchie ist nicht auf einen besonderen isolierbaren Ort festgelegt - das postmoderne Imperium besitzt kein Rom. Der monarchische Körper ist selbst vielgestaltig und im Raum verteilt. Die Hybridisierung ist noch deutlicher bezogen auf die Entwicklung der aristokratischen Funktion, und besonders im Hinblick auf die Entwicklung und Verknüpfung von Produktionsnetzwerken und Märkten. Tatsächlich gehen aristokratische und monarchische Funktionen tendenziell unauflösbar ineinander über. Im Fall der postmodernen Aristokratie besteht das Problem nicht einfach darin, eine vertikale Verbindung zwischen Zentrum und Peripherie herzustellen, um Waren zu produzieren und zu verkaufen, sondern zugleich ein weites Spektrum von Produzenten und Konsumenten miteinander und zwischen Märkten in Beziehung zu setzen. Das allseitige Verhältnis zwischen Produktion und Konsum wird noch wichtiger, wenn die Produktion von Waren im Wesentlichen durch immaterielle Dienstleistungen bestimmt und in Netzwerkstrukturen eingebettet ist. Hybridisierung wird zum zentralen Merkmal und zur Bedingung für den Kreislauf von Produktion und Zirkulation. Und schließlich sind die demokratischen Funktionen im Imperium gleichermaßen durch Hybridisierungen bestimmt, in denen Machtverhältnisse sich verschieben und neue Kräfteverhältnisse sich einrichten. Auf allen drei Ebenen zeigt sich, wo man vorher von Mischformen sprechen konnte, von organischer Interaktion zwischen Funktionszusammenhängen, die aber selbst gesondert und distinkt blieben, die Hybridisierung der Funktionen selbst. Die erste Linie der Veränderung wäre demnach der Übergang von der gemischten zur hybriden Konstitution.

Subjekt und Subjektivität. Die zweite Fluchtlinie konstitutioneller Veränderung deutet zugleich auf eine Verschiebung in der Konstitutionstheorie und auf eine neue Qualität der Konstitution selbst, und sie zeigt sich gegenwärtig an der Tatsache, dass Herrschaft zunehmend die zeitliche Dimension von Gesellschaft und entsprechend die Dimensionen der Subjektivität selbst betrifft. Dem monarchischen Moment kommt gleichermaßen die Funktion zu, als Weltregierung die Zirkulation von Waren aufrechtzuerhalten und als Mechanismus zu wirken, der die gesellschaftliche Gesamtarbeit und mithin die Bedingungen ihrer Reproduktion organisiert. Das aristokratische Moment entfaltet seine hierarchische Herrschaft und seine Ordnungsfunktion gegenüber den transnationalen Verbindungen der Produktion und Zirkulation nicht nur mittels traditioneller monetärer Instrumente, sondern auch und sogar zunehmend mittels der Instrumente und Dynamiken in der Kooperation der gesellschaftlichen Akteure selbst. Die Prozesse sozialer Kooperation werden als aristokratische Funktionen konstitutionell formalisiert. Schließlich liegt, obwohl sowohl monarchische als auch aristokratische Funktionen auf die subjektiven und produktiven Dimensionen der neuen hybriden Konstitution verweisen, der Schlüssel zum Verständnis der Veränderungen im demokratischen Moment, und das demokratische Moment in seiner Zeitdimension verweist letztlich auf die Multitude. Wir sollten nicht

vergessen, dass es hier um die imperiale Überdeterminierung der Demokratie geht, um die Erfassung der Multitude in flexiblen und modulierenden Kontrollapparaten. Genau an dieser Stelle ist der wichtigste qualitative Sprung zu erkennen: von der Disziplinar- zur Kontrollgesellschaft. Herrschaft wird direkt über die Bewegungen produktiver und kooperierender Subjektivitäten ausgeübt; Institutionen werden kontinuierlich den Regeln dieser Bewegungen entsprechend formiert und reformiert; und die Topographie der Macht hängt in erster Linie nicht länger an räumlichen Verhältnissen, sondern sie ist den zeitlichen Verschiebungen der Subjektivitäten eingeschrieben. Hier begegnen wir dem Nicht-Ort der Macht wieder, auf den wir bereits hingewiesen haben. Das hybride Kontrollregime des Empire bildet sich an einem Nicht-Ort aus.

An diesem imperialen Nicht-Ort, im hybriden Raum, den der Konstitutionsprozess geschaffen hat, sind die Bewegungen der Subjekte immer schon präsent, kontinuierlich und ununterdrückbar. Das Problem der gemischten Konstitution bleibt bestehen, doch hinzu treten nun mit ganzer Intensität die Verschiebungen, Modulationen und Hybridisierungen im Übergang zur Postmoderne. Die Bewegung vom Gesellschaftlichen zum Politischen und zum Juridischen, die Konstitutionsprozesse immer begleitet, beginnt Form anzunehmen; die reziproken Beziehungen zwischen gesellschaftlichen und politischen Kräften, die im Konstitutionsprozess formale Anerkennung fordern, beginnen sich herauszubilden; und schließlich sind hier die verschiedenen Funktionen (Monarchie, Aristokratie, Demokratie) das Maß für die Macht der Subjekte, die sie konstituieren und den Versuch unternehmen, Segmente ihres Konstitutionsprozesses sich anzueignen.

## Widerstand

Diese Analyse des Imperiums, seiner Gestalt und seiner Konstitutionsprozesse, beabsichtigt letztlich, das Terrain zu identifizieren, auf dem Widerstand und Alternativen entstehen können. Im Imperium ist die Konstitution selbst ein umkämpfter Einsatz - genau wie in modernen und antiken Gesellschaften -, doch der Charakter dieses Einsatzes und dieses Kampfs ist keineswegs klar. Ganz allgemein lässt sich der Aufbau der imperialen Konstitution als Form eines rhizomatischen und universellen Kommunikationsnetzes begreifen, in dem zwischen allen Punkten oder Knoten Beziehungen hergestellt werden. Ein solches Netzwerk scheint paradoxerweise für Widerstand und Intervention gleichzeitig völlig offen und völlig geschlossen. Einerseits geben die Verknüpfungen formal allen Subjekten im Beziehungsnetz die Möglichkeit, simultan präsent zu sein, doch andererseits ist das Netzwerk selbst ein Nicht-Ort im eigentlichen Sinn. Der Kampf um die Konstitution wird auf diesem mehrdeutigen und sich verändernden Terrain ausgetragen.

Drei wesentliche Variablen bestimmen die Auseinandersetzung, Dimensionen, die sich im Bereich zwischen Allgemeinem und Einzelnem bewegen, zwischen der Axiomatik der Herrschaft und der Selbstidentifikation des Subjekts, und zwischen der Produktion von Subjektivität durch die Macht und dem autonomen Widerstand der Subjekte. Die erste Variable betrifft die Beständigkeit des Netzwerks und seine allgemeine Kontrolle, das heißt, dass das Netzwerk (positiv) immer funktionieren kann und gleichzeitig (negativ) nicht gegen die Macht funktionieren kann. Die zweite Variable betrifft jene, die im Netzwerk Dienste erbringen und eine angemessene Entlohnung fordern, so dass sich im Netzwerk eine kapitalistische Ökonomie erhält und reproduziert und mit ihr die sozialen

und politischen Spaltungen bleiben, die ihr eigen sind. Die dritte Variable schließlich stellt das Netzwerk selbst dar, die Mechanismen, mit denen Unterschiede der Subjektivitäten produziert werden, und die Weise, in der diese Unterschiede innerhalb des Systems funktional gemacht werden.

Die Autonomie der Multitude. Entsprechend diesen drei Variablen muss jede Subjektivität Subjekt werden, dem Netzwerk der Herrschaft und der Kontrolle allgemein unterworfen (im frühmodernen Sinn Subjekt, Untertan einer souveränen Macht), und gleichzeitig unabhängig Handelnde in der netzförmigen Produktion und Konsumtion. Ist eine solche doppelte Artikulation möglich? Ist das System in der Lage, zugleich politische Subjektion und die Subjektivität der Produzentinnen und Konsumenten aufrechtzuerhalten? Es scheint nicht so. Tatsächlich ist es die grundlegende Existenzbedingung des universellen Netzwerks, dass es hybrid ist. Dieser konstitutionelle Rahmen führt zu der Hypothese, dass dem politischen Subjekt Flüchtigkeit und Passivität, den Produzentinnen und Konsumenten hingegen Präsenz und Aktivität zukommen. Die Ausbildung der neuen gemischten Konstitution führt zu einem grundlegenden Ungleichgewicht der Akteure, folglich zu einer gesellschaftlichen Dynamik, die das produzierende und konsumierende Subjekt von den Mechanismen politischer Subjektion befreit (oder zumindest die Position in ihr uneindeutig macht). Hier scheint der primäre Ort der Auseinandersetzung aufzutauchen, auf dem Terrain der Produktion und Regulation von Subjektivität.

Ist dies wirklich das Resultat einer Veränderung der kapitalistischen Produktionsweise, der kulturellen Entwicklung zur Postmoderne und der politischen Konstitutionsprozesse des Imperiums? Wir sind noch nicht in der Lage, diesen Schluss zu ziehen. Dennoch ist deutlich, dass in der neuen Situation Strategien, die auf Ausgleich und regulierte Partizipation zielen, wie sie liberale und imperialistische gemischte Konstitutionen immer verfolgt haben, auf neuartige Schwierigkeiten stoßen, die auf der starken Autonomie der individuellen und kollektiven produktiven Subjekte gründen, die in den Prozess involviert sind. Auf dem Terrain der Produktion und Regulation der Subjektivität, in der Trennung zwischen ökonomischem und politischem Subjekt, können wir ein wirkliches Feld der Auseinandersetzungen und Kämpfe ausmachen, auf dem alle Züge erneut offen sind - eine Krisensituation im eigentlichen Sinn, vielleicht sogar eine revolutionäre Situation.

\*Der vorliegende Beitrag ist eine Übersetzung aus *Empire* (Cambridge / London: Harvard University Press 2000), aus dem Englischen von Thomas Atzert. Deutsche Erstveröffentlichung. Copyright © 2000 by the President and Fellows of Harvard College. Abdruck mit freundlicher Genehmigung der Liepman AG, Zürich.

Toni Negri ist seit den sechziger Jahren einer der führenden Theoretiker der italienischen Autonomia. Er lebt heute in Rom.

Michael Hardt ist Philosoph und Literaturwissenschaftler. Er lebt in New York.